

Notstand der Menschlichkeit – Demo und Kundgebung 6.7.19 Tübingen

Redebeitrag Andreas Linder, Bündnis Bleiberecht Tübingen

Zunächst möchte ich mich bedanken, dass Fridays for Future die Initiative für die heutige Demonstration übernommen hat. Das Engagement für den weltweiten Klimaschutz und die Bekämpfung von Fluchtursachen bzw. der Einsatz für die Rechte von Geflüchteten sind zwei Seiten einer Medaille und es freut mich, dass diese Kämpfe heute und hier zusammenkommen.

Die Kapitänin der Seawatch hat genau das Richtige getan. Sie hat sich mit zivilem Ungehorsam gegen eine unsägliche und unmenschliche Politik gewehrt.

Sie hat zivilen Ungehorsam geleistet und sie musste zivilen Ungehorsam leisten, weil das Recht auf Leben und das internationale Flüchtlingsrecht im Jahr 2019 in dieser Europäischen Union nichts mehr wert sind. Sie musste zivilen Ungehorsam leisten, weil Leute wie Salvini eine brutale und menschenverachtende Politik betreiben. Sie musste zivilen Ungehorsam leisten, weil sich die gesamte Europäischen Union von ihren angeblichen eigenen Werten, also den international auf dem Papier stehenden Menschenrechten, schon längst komplett entfernt hat.

Und das ist auch ein Alarmsignal. In der ganzen Europäischen Union und auch bei uns in Deutschland hat sich eine Anti-Flüchtlingspolitik durchgesetzt. Das Primärziel der Europäischen Union in der Flüchtlingspolitik ist seit eh und je nicht die großzügige Aufnahme von Flüchtlingen, sondern die Flüchtlingsabwehr. Dafür wurde Frontex geschaffen, dafür werden Milliarden in die sogenannte Grenzsicherung investiert, dafür werden Deals mit afrikanischen Despoten oder mit der Erdogan-Türkei gemacht. Dafür wird zur Zeit sogar die libysche Küstenwache, die nichts anderes als Organisierte Kriminalität ist, finanziert und aufgerüstet.

Von einer Flüchtlingskrise wurde in Deutschland ab dem Moment gesprochen, als man feststellen musste, dass die Grenzen doch nicht dicht genug sind und dass das Dublin-System doch nicht so funktioniert, wie Deutschland es gerne hätte. Im Jahr 2019 wird nicht mehr von einer Flüchtlingskrise gesprochen, obwohl die Zahl der Flüchtlinge weltweit weiter gestiegen ist. Erst vor Kurzem hat der UNCHR die neuesten Zahlen veröffentlicht. Über 70 Millionen Menschen gibt es weltweit, die vor Kriegen, Terror, Menschenrechtsverletzungen, Elend und Klimawandel fliehen müssen. Das sind doppelt so viele wie noch vor 10 Jahren. Und nur ein geringer Prozentsatz dieser Menschen findet Schutz in der Europäischen Union, dem angeblichen Kontinent der Menschenrechte. Was ist charakteristisch für die Flüchtlingspolitik der letzten Jahre? Es wird geleugnet, dass auch wir, die sogenannte westliche Welt, maßgeblicher Verursacher von Fluchtursachen sind. Ich glaube es ist eine wichtige Erkenntnis aus der ganzen unsäglichen Diskussion über Flüchtlinge der letzten Jahre, dass sowohl die Regierenden als auch ein bestimmter Teil der Bevölkerung genau spüren, welche Vorteile sie von einer Politik haben, die die Fluchtursachen leugnet, die die Festung Europa hochzieht, die die Geflüchteten, die im Land sind, immer mehr entrechtet, die auf Abschottung und Abschiebung setzt. Es ist leider so: Wegen seiner Haltung zu Flüchtlingen und der daraus folgenden Politik haben die Mehrheit der Italiener*innen Matteo Salvini zum Innenminister gemacht. Und bei uns ist es genau so: Wegen seiner Haltung zu Flüchtlingen und der daraus folgenden Politik hat die Mehrheit der Deutschen Horst Seehofer zum Innenminister gewählt. Und die Folgen davon haben wir gerade erst wieder durch das sogenannte Geordnete Rückkehr-Gesetz serviert bekommen.

Rechtskonservative wie die AfD und andere Rechtsextreme haben die Flüchtlingsdiskussion der letzten Jahre instrumentalisiert und daraus ihr völkisches und rassistisches Süppchen gekocht. Hass und Hetze bis hin zum Mord an angeblichen Volksverrättern wie dem CDU-Politiker Lübke haben sich breit gemacht. Aber das ist nur ein Teil des Problems. Das genau so große Problem ist, dass die Regierenden selbst die Anti-Flüchtlingsstimmung mit erzeugt haben und eine immer massivere Anti-Flüchtlingspolitik durch ein Verschärfungs-Gesetz nach dem anderen betreiben.

Es geht in dieser Flüchtlingspolitik nicht um die Bekämpfung von Fluchtursachen, sondern um die Bekämpfung von Flüchtlingen. Es geht um die Verteidigung von Privilegien, um die Beibehaltung unserer imperialen

Lebensweise auf Kosten der Mehrheit der Weltbevölkerung, die wir an unserem Reichtum und Wohlstand nicht teilhaben lassen wollen. Diese Politik läuft in die komplett falsche Richtung und das muss sich radikal ändern!

Im internationalen Flüchtlingsrecht werden Kriege und politische Verfolgung als Asylgründe akzeptiert, jedenfalls auf dem Papier. In der Praxis ist das aber nur teilweise gegeben, wie man etwa daran sehen kann, dass die meisten Asylsuchenden aus dem Kriegs- und Terrorland Afghanistan abgelehnt werden. Und jetzt will Seehofer noch umfangreicher nach Afghanistan abschieben und über Abschiebungen nach Syrien wird auch schon laut nachgedacht. Während also für Geflüchtete vor Krieg und Verfolgung noch halbwegs Verständnis aufgebracht wird, werden die Fluchtgründe von Menschen, die vor Hunger, Elend, und den bloßen Folgen der ungerechten Weltwirtschaftsordnung, die ihnen die Lebensgrundlagen entziehen, komplett abgelehnt. Diese Menschen werden zynisch als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnet. Und ich bin mal gespannt, welche Diskussion wir bekommen, wenn Menschen kommen, die vor den bloßen Folgen des Klimawandels fliehen mussten.

Wir müssen uns also leider klarmachen, dass wir hier in der Minderheit sind. Dass auch die tausenden, die heute überall in Deutschland demonstrieren, in der Minderheit sind. Wir müssen uns klar machen, dass die Menschen, die Flüchtlinge aus dem Mittelmeer retten, die sich für eine großzügige Aufnahme von Flüchtlingen im reichen Europa aussprechen, die sich gegen Abschiebungen einsetzen usw. derzeit in der Minderheit sind. Aber lasst uns bei diesen Anstrengungen nicht aufgeben. Die Haltung und das Vorgehen der Seawatch und von Carola Rackete können hierbei zum Vorbild werden. Aus diesem zivilen Ungehorsam kann eine Dynamik entstehen, die derzeit vorherrschende Meinungen, Haltungen und Machtverhältnisse ins Wanken bringen kann. Deswegen möchte ich euch allen zum Abschluss eine altbekannte Weisheit für euer eigenes politisches Engagement mit auf den Weg geben – und das gilt beim Einsatz für Menschenrechte genauso wie beim Klimaschutz und allem anderem:

Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Und ganz zum Schluß: Wie kann verhindert werden, dass sich weiterhin im Mittelmeer solche Flüchtlingsdramen abspielen wie jetzt mit der Seawatch? Die Bundesregierung muss es zulassen, dass die Bereitschaft vieler Städte in Deutschland, aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen, auch in die Tat umgesetzt wird. Es kann dabei uns hier in Tübingen nicht ausreichen, wenn eine Stadt wie Tübingen bloß symbolisch ihre Bereitschaft zur Flüchtlingsaufnahme erklärt hat. Wir wollen, dass die Stadt Tübingen und der ganze Landkreis Tübingen die Strukturen schaffen, dass eine Flüchtlingsaufnahme konkret möglich wird. Seit die Flüchtlingszahlen zurückgegangen sind, werden auch im ganzen Landkreis sukzessive Flüchtlingsunterkünfte wieder dicht gemacht. Wir wollen, dass dieser Prozess gestoppt wird und Aufnahmeplätze bereit gehalten werden. Und dann soll Boris Palmer nach Berlin fahren und schwarz auf weiß vortragen, dass die Geflüchteten aus dem nächsten Schiff nach Tübingen gebracht werden können. Der Rottenburger OB Neher hat es ihm vorgemacht. Es ist ganz einfach. Zitat Neher: Einen Bus, um die Flüchtlinge aus Italien abzuholen, werden wir auch noch finden.

Kurzfassung:

Es kann nicht sein, dass ziviler Ungehorsam nötig ist, um das Leben von Menschen im Mittelmeer retten zu können. Und es kann nicht sein, dass das Retten von Menschenleben durch die zivile Seenotrettung im Mittelmeer kriminalisiert wird. Wir brauchen eine Flüchtlingspolitik, die sich an die international gültigen Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention hält. Die immer brutalere Abschottung der EU-Außengrenzen, das Sterbenlassen an den Grenzen und die Ausrichtung von Flüchtlingspolitik im Inneren auf Ablehnung und Abschiebung sind ein Armutszeugnis für die Europäische Union und für Deutschland. Wir brauchen stattdessen eine ernsthafte Bekämpfung von Fluchtursachen, eine Ausweitung der legalen Flüchtlingsaufnahme und ein Bleiberecht für alle, die in ihren Herkunftsländern auch aufgrund unserer „imperialen Lebensweise“ von Krieg, Terror, Menschenrechtsverletzungen, Hunger, Elend und Klimafolgen betroffen sind. Wir wollen, dass vor Ort im Landkreis und der Stadt Tübingen u.a. durch die Bereithaltung von Aufnahmeplätzen die Strukturen geschaffen werden, damit aus Seenot Gerettete aufgenommen werden können.

Bündnis Bleiberecht Tübingen

<https://bleiberecht.mtmedia.org/>